

# Zürich muss noch grösser werden – muss es das wirklich?

Um einen Fünftel soll Zürichs Bevölkerung innert zwölf Jahren wachsen. Die Stadtpräsidentin findet das richtig. Doch das Wachstum könnte die Attraktivität der Stadt gefährden, **schreibt Felix E. Müller**

Vor einigen Monaten hat es die Stadtpräsidentin in der «NZZ am Sonntag» wieder gesagt. Die Stadtbaumeisterin sagt es, der Chef des Hochbauamts sagt es, die Spitze der SP sagt es, die Spitze der FDP auch. Eigentlich sagen fast alle Politiker in der Limmatstadt: «Zürich muss stark weiterwachsen.»

Und es werden vom Statistischen Amt der Stadt konkrete Zahlen genannt: Im Jahr 2030 werde die Bevölkerungszahl maximal 510 800 betragen. Da im Januar 2018 die Einwohnerzahl bei 423 368 lag, heisst das: In den nächsten zwölf Jahren lassen sich maximal 87 432 Leute zusätzlich an der Limmat nieder, was einen jährlichen Zuwachs von 7286 Personen ausmachen würde.

Die Rede vom Wachstum ist angesichts solcher Prognosen immerhin nicht aus der Luft gegriffen. Das Thema dominiert das Denken und Handeln der in der städtischen Politik massgebenden Sozialdemokraten, dient als Richtschnur für das Planen der Verwaltung und ist so unbestritten wie ein Gebot auf den Gesetzestafeln von Moses. «Zürich muss stark wachsen» – so ist es. Sind noch Fragen?

Ja, da wären tatsächlich noch Fragen: Warum gerade so stark? Und vor allem: Warum «muss»? Wer eine Antwort sucht, landet rasch bei der Verwaltung – des Kantons Zürich. Diese hat die Bevölkerungsentwicklung des Kantons Zürich hochgerechnet mit dem Ergebnis einer deutlichen Zunahme und dann festgehalten, dass 80 Prozent des Wachstums in den städtischen Gebieten stattfinden soll. Das hat sich dieses kantonale Amt einfach so ausgedacht. Ob es sich dabei um eine sinnvolle Festlegung handelt, wurde in der Öffentlichkeit nie wirklich diskutiert. Auf der Basis dieser beiden Zahlen habe man dann, sagt der Sprecher der Baudirektion, «diese Prognosen auf die Stadt Zürich heruntergebrochen», woraus sich die Zahl von gegen 90 000 zusätzlichen Stadtbewohnern bis 2030 ergab.

Was würde das bedeuten? Eine Nachfrage bei verschiedenen städtischen Amtsstellen hat folgendes Ergebnis gebracht:

- Acht neue Schulhäuser sowie 14 Ersatzbauten und Erweiterungen von Schulen
- Ein neues Hallenbad, sieben neue Doppelturnhallen, drei neue Dreifachturnhallen, mehrere Rasensportfelder, gedeckte Tennisplätze, Radsportinfrastrukturen und geeignete Räume für Tanz, Yoga und dergleichen
- Diverse zusätzliche Tramlinien sind geplant worden.

• Eine Zahl zu den zusätzlich benötigten Wohnungen liefert die Stadt nicht. Rechnet man aber mit einem Wachstum von 87 432 Personen bis 2030 und einer durchschnittlichen Belegung von drei Personen pro Wohneinheit, sind in den nächsten zwölf Jahren 29 144 neue Wohnungen erforderlich.

Man kann die Liste beliebig ergänzen mit: Grünflächen, Altersheimen und Parkplätzen, um sich dann fast zwingend die Fragen zu stellen: Weiss die Bevölkerung überhaupt, was auf sie zukommt? Geht das überhaupt? Und: Ist das überhaupt erwünscht?



Postkartenidylle in Gefahr: Die Stadt Zürich vor dem See und den Glarner Alpen. (1. 5. 2017)

Beim Wohnungsbau wird ja von offizieller Seite gebetsmühlenhaft das Rezept Verdichtung empfohlen. Damit drängen sich ganz andere Gebäudevolumina ins Stadtbild. Ein Beispiel dafür ist eine Überbauung in Seebach, ein komplett neues Quartier mit drei Hochhäusern, die bis zu siebzig Meter hoch werden. Oder nehmen wir den Stadtteil Schwamendingen, der in den nächsten Jahren umgepflegt wird, weil man dort 50 Prozent mehr Personen unterbringen will als heute. Man wird dieses Quartier dann nicht mehr wiedererkennen.

Auch beim Verkehr scheinen die Ämter nicht zu wissen, wie das zusätzliche Bevölkerungswachstum verkraftet werden soll. Man vermag auch sich vorzustellen, wie der Druck auf die Seeufer, den Limmatraum und die vorhandenen Grünflächen weiter zunehmen

wird. Denn je verdichteter der Wohnraum ist, desto stärker drängen dann die Bewohner an den Wochenenden ins Freie, um dort Natur zu erleben.

Um die Folgen dieses Wachstums zu bewältigen, scheinen die Politik und die Verwaltung stark auf das Prinzip Hoffnung zu bauen. Die vorherrschende Haltung ist, auf der Basis der bestehenden Verhältnisse einfach weiterzuplanen: da noch ein Veloweg und dort noch

**Man vermag auch sich vorzustellen, wie der Druck auf die Seeufer, den Limmatraum und die Grünflächen weiter zunehmen wird.**

ein Tram, da noch einige Geschosse mehr und dort ein Schulhauscontainer, hier noch ein paar verdichtete Häuser und dort noch ein Fussballfeld. Von grundsätzlich neuen Lösungsansätzen keine Spur.

Gänzlich unkritisch nimmt so die städtische Politik eine Entwicklung hin, welche die Attraktivität dieser Stadt bedrohen könnte. Weshalb figuriert Zürich in internationalen Standortrankings regelmässig in der Spitzengruppe? Gerade weil die Lebensqualität, die überschaubaren Strukturen, ein gutes Angebot an Naherholungsräumen, eine funktionierende Infrastruktur zu ihren Stärken gehören. Wären diese mit einem Fünftel mehr Einwohner innert weniger Jahre denn nicht gefährdet?

Ausgedacht hat sich die Eckwerte, die zum Satz «Zürich muss stark wachsen» führen, aber gar nicht die Stadt selbst, sondern der Kanton. Aus einem unerfindlichen Grund folgt ihnen die Stadtregierung blindlings, ohne jemals einen ernsthaften Dialog mit der eigenen Bevölkerung darüber gesucht zu haben, ob dieses Wachstum überhaupt erwünscht sei. Dabei liegt der Entscheid darüber, wie viel Wachstum man möchte, immer noch in der Kompetenz einer Gemeinde. Mit guten Gründen: Es wäre ja möglich, dass ein so rasches Wachstum eine Stadt überfordert und die Lebensqualität ihrer jetzigen Bewohner beschädigt. Es wäre ja grundsätzlich auch denkbar, eine Bevölkerungszunahme – falls sie denn eintritt – im Kanton anders zu verteilen, über die Stadtgrenzen hinaus zu denken, ja über den Kanton hinaus und den Aargau, Thurgau, St. Gallen, Zug und Schwyz in solche Überlegungen einzubeziehen. Was Wachstum von Zürich ist nämlich immer Abbild des Wachstums des ganzen Wirtschaftsraums.

Wie haben sich doch die Zeiten geändert! In den siebziger und achtziger Jahren war die Stadtzürcher SP wachstumskritisch. Nach dem Nein der Bevölkerung zum Bau einer U-Bahn im Jahr 1973 beschloss die Exekutive deshalb, eine politische Debatte über die künftige Entwicklung der Stadt zu führen, über erwünschten oder unerwünschten Wachstum und die Möglichkeiten, damit umzugehen. Das Parlament debattierte wochenlang über Szenarien und entschied sich dann für die Variante «Stabilisierung», was angesichts der damaligen Grundstimmung in der SP keine grosse Überraschung darstellen konnte.

Heute ist sich die Stadtbevölkerung gar nicht bewusst, wie die Wachstumsprognosen in die Pläne der Verwaltung einfließen. Es ist deshalb Zeit, dass Zürich endlich eine öffentliche Debatte über die Entwicklung ihrer Stadt führt, über das optimale Wachstum, das die Stadt weiterbringt, ohne deren Qualitäten zu beschädigen. Erst wenn die Bevölkerung in Kenntnis der Konsequenzen Ja zu den Prognosen aus dem Stadthaus sagt, erst dann könnte die Stadtpräsidentin so gelassen wie heute den Satz aussprechen: «Zürich muss stark wachsen.»